Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von Behörden) die 3gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 70. **Donnerstag den 24. März 1921.** **80. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Auf Wunsch der **Schlosser-Zwangs-Innung zu Meißen** wird nachstehend der Wortlaut der Anordnung der Kreishauptmannschaft Dresden vom 25. Februar 1921 bekannt gemacht.

Meißen, am 18. März 1921. **Der Stadtrat, Gewerbeamt.**

Auf Antrag der Schlosser-Zwangs-Innung zu Meißen wird hiermit gemäß §§ 100 a und 100 b der Reichsgewerbeordnung vom 1. April 1921 ab der Bezirk der genannten Innung auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen, mit Ausnahme des Amtsgerichtsbezirks Nossen, und die Innung auf die Gewerbetreibenden ausgedehnt, die das Mechaniker-, Installateur- und Büchsenmacherhandwerk selbständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht. 3663

Dresden, 25. Februar 1921. 142a IV. **Kreishauptmannschaft.**

Bekämpfung der Obstbaumschädlinge.

Bei der hohen Bedeutung des Ertrages der Obsternte für die Ernährung ist es von größter Wichtigkeit, die **Bekämpfung der Schädlinge an den Obstbäumen** (Raupen, Blutläuse usw., sowie Pilzkrankheiten) allgemein und nachdrücklich durchzuführen. Die gegenwärtige Zeit ist infolge des blätterlosen Zustandes der Bäume für die Bekämpfung besonders geeignet. Die Besitzer von Obstbäumen werden deshalb unter Hinweis auf die ihnen obliegende gesetzliche Verpflichtung angehalten, auf ihren Grundstücken die erforderlichen **Vernichtungsarbeiten unverzüglich** und längstens binnen 14 Tagen vorzunehmen. Etwaige Säumigkeit wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Merkblätter, Uebersichten über die Bekämpfung von Krankheiten und Schädlingen im Herbst, Winter, Frühjahr und Sommer hat der Landes-Obst- und Weinbauverein in Dresden vorrätig und können gegen Erstattung der Druckkosten an die beteiligten Kreise abgegeben werden. Die **Ortsbehörden** haben sich durch **Nachrevisionen** davon zu überzeugen, ob die geforderte Vertilgung der Obstbaumschädlinge vorgenommen worden ist und der Amtshauptmannschaft Anzeige zu erstatten, falls den vorstehenden Vorschriften nicht genügend Folge geleistet wird. Zur Vornahme der Nachrevisionen können sich die Ortsbehörden der geprüften Baumwärter gegen entsprechendes Entgelt bedienen. In den Gemeinden, wo ausgebildete Obstbaumwärter wohnen, sowie in Nachbargemeinden des Wohnortes von Obstbaumwärtern empfiehlt es sich, das Bespritzen der Bäume gemeindeweise dem Obstbaumwärter zu übertragen. 3684

Meißen, am 21. März 1921. 407 a V. **Die Amtshauptmannschaft.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach dem Bericht der Ententekommission in Oppeln beträgt das Gesamtergebnis in Oberschlesien 716 406 deutsche und 471 406 polnische Stimmen.

* Wie verlautet, soll der Reichstag auf Wunsch der Reichsregierung schon am 13. April wieder zusammentreten.

* In Bochum hat eine Konferenz der Bergarbeiter stattgefunden, die beschloß, die Regierung um Einleitung neuer Verhandlungen in der Überschichten- und Lohnfrage zu ersuchen.

* Der Weihbischof von Köln, Dr. Müller, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

* 14 Kommunisten, die an dem Attentat auf die Berliner Siegessäule beteiligt sein sollen, wurden von der Berliner Polizei verhaftet.

* In der französischen Presse setzt eine neue Hetze gegen Deutschland ein: trotz der deutschen Mehrheit müsse man Oberschlesien den Polen übergeben.

* Die Neuwahlen zur italienischen Kammer sind auf den 27. April festgesetzt worden.

Frankreich will Oberschlesien teilen.

Erlaß des Reichspräsidenten.

Reichskanzler Fehrenbach begrüßte Montag abend auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin einen Zug von der Abstimmung heimkehrender Oberschlesier und sagte u. a.: „Geliebte Brüder und Schwestern aus Oberschlesien! Nach sorgenvollen Tagen ist die Freude nun in unser Herz eingekehrt. Oberschlesien hat den glänzenden Beweis deutscher Vaterlandsliebe und Treue gezeigt. Das ganze Vaterland hat auf Oberschlesien geschaut, und es ist in seiner Hoffnung nicht zuschanden geworden durch die Treue der Oberschlesier. Ihr habt schwere Sorgen mit dieser Reise auf euch genommen. Weder werdende Mütter, noch sterbende Greise haben sich gescheut, die Strapazen dieser langen Reise auf sich zu nehmen. Der Dank des Vaterlandes ist euch für alle Zeiten sicher. Jetzt gilt es, neue Pfeiler aufzubauen, und aufs innigste soll Oberschlesien untrennbar und ungeteilt für alle Zeiten verbunden bleiben mit unserem Vaterlande. Das deutsche Oberschlesien: Glückauf!"

Amtlich wird ein Aufruf des Reichspräsidenten veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hat:

An das deutsche Volk! Die deutsche Sache in Oberschlesien hat einen entscheidenden Sieg errungen. Er ist dem einmütigen Einsetzen des gesamten deutschen Volkes zu danken. Die eingesessene Bevölkerung hat ungeachtet aller gegnerischen Versuche, sie dem deutschen Gedanken zu entfremden, in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zum Vaterlande gehalten. Die Stammberechtigten Oberschlesier aus dem Reich und dem Auslande haben, erfüllt von der Liebe zur Heimat, Entbehrungen und Mühe nicht gescheut. Sie sind allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz vollzählig nach Oberschlesien geeilt, um ihrer Pflicht gegen Heimat und Vaterland zu genügen. Mit größter Opferwilligkeit haben alle Schichten der Bevölkerung durch Sammlung der Grenzspende die Mittel beigesteuert, um auch dem Ärmsten die Reise nach Oberschlesien zu ermöglichen. Die Abstimmungsorganisationen haben durch hingebende unermüdliche Arbeit und mustergültiges Zusammenwirken das große Werk vollenden helfen. Ihnen allen ohne Ausnahme ist der bleibende Dank des deutschen Volkes gewiß.

Der Reichspräsident: Ebert. Der Reichskanzler: Fehrenbach.

Die Spannung und die Befriedigung, mit der in Österreich und Deutsch-Böhmen das Abstimmungsergebnis aufgenommen wurde, konnte im Deutschen Reiche selber kaum größer sein als in diesen außerhalb seiner Grenzen liegenden Bezirken des Deutschtums. Noch mehr als die wirtschaftlichen Erwägungen, auf Grund deren man das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland wünschen mußte, wird die moralische Bedeutung der Tatsache betont, daß nach Ostpreußen und Kärnten nun auch die Oberschlesier ein Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt haben.

Minister Simons an die Heimkehrer.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, begrüßte Dienstag auf dem Schlesischen Bahnhofe in Berlin ebenfalls einen Zug heimkehrender Oberschlesier und betonte dabei, die Schlacht sei gewonnen, Oberschlesien habe sich für Deutschland erklärt. Er fuhr fort:

Und wie groß der Sieg ist, das können wir so recht erkennen, wenn wir hören, wie unsere Gegner diese Abstimmung auffassen, wie erschreckt und bestürzt sie darüber sind, daß die oberschlesische Bevölkerung sich in so großer Mehrheit für das deutsche Vaterland ausgesprochen hat. Denn ihnen handelte es sich nur darum, einen Grund vorschützen zu können, um Oberschlesien vom Reiche zu reißen. Aber die Bevölkerung Oberschlesiens und Ihr mit dieser Bevölkerung habt durch Eure Abstimmung kundgegeben: nein, Oberschlesien soll vom Reiche nicht abgerissen werden, **Oberschlesien soll und muß beim Reiche bleiben ...**

Mit besonderem Dank und mit besonders herzlichen Empfindungen gedenken wir derjenigen Oberschlesier, die in ihrer Heimat zurückbleiben und vielleicht nach weiterhin manchen Gefahren und Anfechtungen ausgesetzt sein werden. Mögen sie mit uns Kopf und Herz hoch tragen in dem festen Glauben, das dasjenige, was am 20. März verkündet worden ist, für alle Zukunft durch keine Macht und kein Unrecht von Deutschland gerissen werd enkann.

Bestürzung der französischen Presse.

Die französische Presse stellt sich entsetzt über den günstigen Ausfall der Abstimmung für Deutschland und bringt allerlei Pläne an den Tag, wie man den ausgesprochenen Willen der Mehrheit zunichte machen könne. Der Friedensvertrag verleihe den Alliierten das Recht, Oberschlesien zu teilen und Polen die Kohlenbezirke zuzusprechen. Frankreich werde sich darüber freuen, daß Deutschland ein großer Teil seines Reichtums entrissen werde, den es in den Gruben von Oberschlesien hatte, und wodurch es auch die Mittel hatte, in Zukunft neuerdings den Weltfrieden zu stören.

Wesentlich anderer Meinung ist man in England. Die Blätter heben den großen deutschen Sieg in Oberschlesien hervor. „Star" bezeichnet das Ergebnis der Abstimmung als einen sehr ernsten Schlag für Polen. Der unmögliche französische Traum von der Niederhaltung Deutschlands sei jetzt ausgeträumt. Das Ergebnis der Abstimmung sei ein Schlag für die Politik Frankreichs, Polen zu einer Bedrohung Deutschlands zu machen.

Das Endergebnis der Abstimmung.

Nach dem Bericht der Interalliierten Kommission in Oppeln beträgt die Zahl der in Oberschlesien abgegebenen Stimmen 716 406 deutsche gegen 471 406 polnische Stimmen. In Kattowitz (Stadt) stimmten 75 584 Personen für Deutschland, 69 943 für Polen. Der Kreis Groß-Strehlitz hat nach diesem Bericht eine geringe polnische, der Kreis Beuthen eine deutsche Mehrheit.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Deutschen Plebiszitkommissariats können folgende Prozentziffern zugunsten Deutschlands für die Abstimmung in Oberschlesien bekannt gegeben werden:

Myslowitz	37,83 %	Kattowitz	57,10 %
Beuthen	50,22 %	Königshütte	74,74 %
Tarnowitz	39,— %	Gleiwitz	64,09 %
Hindenburg	51,80 %	Rybnik	36,54 %
Rosenberg	68,— %	Kosel	75,60 %
Oberglogau	87,85 %	Nikolai	26,40 %
Lublinitz	53,26 %	Pleß	29,20 %
Oppeln	57,63 %	Leobschütz	99,61 %
Kreuzburg	69,04 %	Ratibor	70,79 %
Groß-Strehlitz	49,20 %		

Es ist jedoch damit zu rechnen, daß durch die infolge der in Aussicht stehenden Ungültigkeitserklärungen zu erfolgenden Wiederholungen der Abstimmung in Ortschaften, die in besonderem Maße von polnischen Machenschaften betroffen worden sind, eine Verschiebung des Gesamtergebnisses zugunsten der deutschen Sache herbeigeführt werden wird.

Ausschreitungen des polnischen Terrors.

Unerhörte Gewalthandlungen polnischer Banden hatten schon vor der Wahl, besonders im Kreise Rybnik, eingesetzt. Von zwei Gruben des Kreises wurden hundert Arbeiter durch polnischen Terror vertrieben. In Godow wurde das Automobil des Plebiszitkommissariats durch ein Maschinengewehr beschossen. Der Autobegleiter wurde getötet, der Führer verletzt. Schwerster Terror wurde auch aus dem nördlichen Teile des Kreises Pleß in der Umgebung von Nikolai gemeldet, wo Abstimmler und deren Gastgeber bedroht, beschimpft und teilweise verletzt wurden. Das deutsche Dorf Anhalt wurde von einer **Bande umzingelt und zwei Stunden lang beschossen,** das Pfarrhaus durch drei Handgranaten schwer beschädigt; das Dorf ist fast zerstört. Die deutschen Mitglieder des Wahlbureaus in Radzionka (Kreis Tarnowitz) legten ihre Ämter nieder, weil ihnen ihre Ermordung angedroht wurde. Ähnliche Terrorfälle werden aus den Kreisen Groß-Strehlitz, Kattowitz, Hindenburg und Gleiwitz-Land gemeldet.

Im Landkreis Beuthen sind nach der Abstimmung schwere Unruhen entstanden. In Deutsch-Piekar wurden die Gebrüder Dudeck, der eine Mitglied des Paritätischen Ausschusses, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Michowitz wurde die Straßenbahn angehalten, sämtliche Leute herausgezerrt und vor den Augen der Franzosen verprügelt und schwer mißhandelt. Einige trugen einen Nervenschock davon. Die Ortsstelle Orzegow des deutschen Plebiszitkommissariats wurde vertrieben. Dreißig Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

Französische Phantasien.

Die ewigen irrsinnigen Zahlen

Im französischen Senat gab der Berichterstatter zur Entschädigungsfrage eine Darstellung über die Rolle der Reparationskommission, und macht eine Reihe von Zahlenangaben, die sich besonders auf die Frankreich und seinen Alliierten zugefügten Schäden, sowie auf die bereits von Deutschland erfolgten Leistungen beziehen. Die provisorischen Abschätzungen der Frankreich zugefügten Schäden seien auf 218 541 596 120 Franken festgesetzt und zerfielen